



Diamonds – China's Best Friends?

Chinesische Außenpolitik in Simbabwe jenseits von Grand Strategy und Koordinierung

SERGIO GRASSI
September 2012

- Simbabwe hat sich seit dem Jahr 2000 international zunehmend isoliert. Je deutlicher sich westliche Länder von der unter der Führung Robert Mugabes stehenden Regierungspartei ZANU-PF distanzieren, desto stärker orientierte sich diese in Richtung Peking.
- Die Volksrepublik China hat aufgrund ihres politischen, wirtschaftlichen und militärischen Engagements in Simbabwe seit den 1960er Jahren die Entwicklung des Landes mitgeprägt. Es wäre jedoch falsch, Chinas Politik in Simbabwe als die eines monolithischen Akteurs zu verstehen. So zeigt sich auch am Beispiel Simbabwe, dass chinesisches Engagement und Investitionen durch teilweise konkurrierende Akteure aus Partei, Regierung und Militär, Staatsunternehmen sowie durch Einzelakteure bestimmt werden. Es gibt dementsprechend keine chinesische »Grand Strategy« für Simbabwe und damit auch nicht das erklärte Ziel in Peking, alternativlos das autoritäre Regime von Präsident Robert Mugabe bzw. die ZANU-PF zu unterstützen.
- Der seit 33 Jahren in Simbabwe regierende Präsident Robert Mugabe wird sich allein schon aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr allzu lange an die Macht klammern können. Gleichzeitig steigt der gesellschaftliche Druck aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage des Landes. Unterschiedliche Szenarien sind für die nächsten Monate in Simbabwe denkbar. Bislang kann allerdings niemand wirklich einschätzen, was nach Mugabe kommt.
- Sollte es in Simbabwe zu einer Machtverschiebung zugunsten der MDC-T kommen, wird sicherlich auch diese die Beziehungen zu China weiter ausbauen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sie die derzeitigen Auswüchse krimineller Ausbeutung von Bodenschätzen in Simbabwe eindämmen wird. Gleichzeitig wird sie weniger Waffen und dafür mehr Investitionen zur Belebung der simbabwischen Wirtschaft in China nachfragen. Auch für diesen Bedarf gäbe es in der Volksrepublik genügend Unterstützer und Akteure sowie das nötige Kapital.



Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Politische Lage in Simbabwe | 3 |
| 3. Historisch gewachsene Beziehungen zu China | 4 |
| 4. Außenpolitik mit chinesischen Charakteristika am Beispiel Simbabwe | 5 |
| 5. Der Einfluss des Militärs auf die Außenbeziehungen | 7 |
| 6. Chinesische Waffenverkäufe | 7 |
| 7. Chinesische Unternehmen, regionale und vermeintlich private Akteure in Simbabwe | 8 |
| 8. Kulturelle Zusammenarbeit und Infrastrukturhilfe | 10 |
| 9. Ausblick | 10 |

1. Einleitung

Simbabwe hat sich seit dem Jahr 2000 international zunehmend isoliert. Je deutlicher sich westliche Länder von der unter der Führung Mugabes stehenden Regierungspartei ZANU-PF distanzieren, desto stärker orientieren sich diese in Richtung Peking. Die Volksrepublik ist somit zunehmend für die westlichen Länder eingesprungen, die zuvor Simbabwe unterstützt hatten. Häufig wird über den negativen Einfluss Chinas auf die Politik und die Wirtschaft Simbabwes berichtet. Meldungen über chinesische Waffenlieferungen, der Raubbau an simbabwischen Ressourcen sowie die scheinbar systematische Verletzung von Arbeitsstandards durch chinesische Unternehmen prägen das Bild der chinesisch-simbabwischen Beziehungen.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass diese zu Recht kritisierten und viel Aufmerksamkeit erzeugenden Negativbeispiele des chinesischen Engagements in Simbabwe jedoch nur einen Teil des Gesamtbildes darstellen. Das vorliegende Papier hat somit nicht zum Ziel, die Handlungen bestimmter chinesischer Akteure in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Vielmehr wird beabsichtigt, dass über eine differenzierte Darstellung dieser Akteure sowie deren Funktionen und Interessen zukünftig nuancierter über »China« in Simbabwe berichtet wird. Dabei soll allerdings auch beispielhaft aufgezeigt werden, dass das chinesische Engagement in Simbabwe nicht grundsätzlich schlecht ist.

2. Politische Lage in Simbabwe

Bei den Stichwahlen um das Präsidentenamt im Sommer 2008 war es zum Ausbruch staatlich organisierter Gewalt gegen Anhänger der Opposition gekommen. Unter dem Druck von Simbabwes Nachbarländern sowie der Regionalorganisation Southern African Development Community (SADC) hatten sich die langjährige Regierungspartei ZANU-PF und die Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) im September 2008 auf eine gemeinsame Regierungsvereinbarung namens »Global Political Agreement« (GPA) verständigt. Robert Mugabe blieb Präsident und Morgan Tsvangirai, Vorsitzender der MDC-T, übernahm Anfang 2009 das neu geschaffene Amt des Ministerpräsidenten. Entlang eines Fahrplans sollte innerhalb von zwei Jahren ein demokratisches System etabliert werden: Das GPA beinhaltet

u.a. die Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung, die Reform des Sicherheitsapparats und der Mediengesetze sowie die Durchführung freier und fairer Wahlen.

Nach erbitterten Auseinandersetzungen und zahlreichen Verzögerungen – auch innerhalb der beiden Lager – um den Inhalt der Verfassung, schien es Anfang August 2012 zunächst so, als ob in den kommenden Monaten ein Referendum über den nun vorliegenden Verfassungsentwurf durchgeführt werden könne. Erneute Kontroversen innerhalb der ZANU-PF haben die Abstimmung jedoch bis auf Weiteres erneut infrage gestellt. Da die Verabschiedung einer neuen Verfassung nach dem im GPA vereinbarten Fahrplan eine der Grundlagen für die nächsten Wahlen sein sollte, ist somit auch die Festlegung auf einen konkreten Wahltermin blockiert.

Bereits sicher ist hingegen, dass Präsident Robert Mugabe, der inzwischen 88 Jahre alt ist, auch diesmal als Präsidentschaftskandidat seiner Partei antreten will. Nach wie vor hat der Präsident, der auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, die oberste politische und militärische Entscheidungsgewalt. Aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit und seines Alters bringen sich gegenwärtig jedoch ZANU-PF-Politiker bzw. -Militärs innerhalb der Führungsriege für eine Nachfolge Mugabes in Stellung. Die Hardliner und »Sekurokraten« – bestehend aus Militär, Polizei und Geheimdiensten – versuchen sich politische Ämter zu sichern und fördern die weitere Militarisierung der ZANU-PF und der Regierung. Die vermeintlich »moderaten Kräfte« innerhalb der ZANU-PF werden von der amtierenden Vize-Präsidentin Joice Mujuru repräsentiert. Verteidigungsminister Emmerson Mnangagwa, der bei den Wahlen im Jahr 2008 die Übergriffe gegen die Opposition organisiert hatte, gilt als aussichtsreichster Kandidat unter den Hardlinern. Mitte Mai 2012 hat dieser auch erstmals öffentlich seine Bereitschaft erklärt, zukünftig die Parteiführung zu übernehmen.

Die MDC-T hat in der Übergangsregierung einige wichtige Ministerien (bspw. Finanzen) besetzen können. Ihr Handlungsspielraum ist allerdings nach wie vor sehr eingeschränkt. Wichtige Vertreter der Partei sind aber zuversichtlich, dass sie die nächsten Wahlen eindeutig gewinnen werden. Damit ein möglicher Wahlsieg anschließend auch tatsächlich zu einem Machtwechsel führt, versuchen MDC-T-Vertreter einerseits, die Kontakte zum Sicherheitsapparat zu intensivieren. Allerdings

sind laut Aussage von MDC-T-Vertretern eine Gruppe hochrangiger Entscheidungsträger innerhalb des Militärs, die große finanzielle Interessen an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems haben, eindeutig auf Seiten der ZANU-PF positioniert. Andererseits versucht die MDC-T auf internationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass der Druck durch die SADC sowie durch die internationale Gemeinschaft zur Implementierung des GPA und zur Gewährleistung freier und fairer Wahlen möglichst aufrechterhalten wird. Auf dem letzten SADC-Gipfel in Luanda (Angola) Anfang Juni 2012 konnte die MDC-T einen wichtigen Etappensieg feiern: Die Staats- und Regierungschefs der Region verständigten sich nämlich darauf, dass sie keine – wie von Mugabe favorisiert – vorgezogenen Wahlen auf Grundlage der alten Verfassung in Simbabwe akzeptieren würden und forderten in ihrem Abschlussdokument die Umsetzung aller im GPA vereinbarten Reformen nach dem vereinbarten Fahrplan. Aufgrund des erneuten Stillstands bei der Verabschiedung der neuen Verfassung wenige Monate später wurde auch auf dem SADC-Gipfel vom 17. und 18. August 2012 in Maputo (Mosambik) über Lösungsmöglichkeiten der politischen Krise in Simbabwe diskutiert, während die Beschlüsse von Luanda bekräftigt wurden.

Am 18.04.2012 feierte Simbabwe seinen nationalen Unabhängigkeitstag, der in diesem Jahr unter dem Motto »Indigenisation and empowerment for a social and economic transformation« stand. Um den Anschein einer gerechteren Einkommensverteilung zu suggerieren, erklärte Mugabe, dass er im Rahmen seiner Indigenisierungskampagne dafür kämpfe, die von den Weißen dominierte Wirtschaft an die einheimische (indigene) Bevölkerung zurückzugeben. Da er die enteigneten Unternehmensanteile jedoch vor allem dazu verwendet, seine Gefolgsleute zu belohnen, schreckt er potenzielle Investoren aus dem Ausland ab.

Diese symbolische Politik dient somit lediglich der Absicherung von Loyalitäten und setzt nicht bei den strukturellen Problemen der lokalen Wirtschaft an. Bei einer Arbeitslosenrate von 80 Prozent sind die Lebensbedingungen der Menschen trotz der Überwindung der Hyperinflation äußerst schwierig. Die für dieses Jahr prognostizierten 5,6 Prozent Wachstum sind mehr als irreführend: Einerseits findet das Wachstum auf einer sehr niedrigen Basis statt, da es nach den Jahren der Hyperinflation praktisch keine Ökonomie mehr gab. Ande-

rerseits ist das derzeitige Wachstum hauptsächlich ressourcengetrieben und kommt den einfachen Menschen kaum zugute.

Präsident Mugabe nahm in seinen Reden rund um den Nationalfeiertag mehrfach Bezug auf China, er betonte die enge Verbundenheit beider Länder und empfahl erneut, zukünftig den chinesischen Yuan anstatt des US-Dollars als Zahlungsmittel zu verwenden. Hochrangige ZANU-PF-Vertreter wie der Minister for Indigenisation and Empowerment, Saviour Kasukuwere, kündigten an, dass im Sinne des von Mugabe deklarierten »empowerment« die »Stadtgemeinde- und Dorfunternehmen« nach chinesischem Vorbild gefördert werden sollen. Besonders deutlich erkennbar wird die wirtschaftspolitische Sonderstellung Chinas jedoch vor allem daran, dass die Volksrepublik von den im Rahmen der Indigenisierungskampagne vorgenommenen Enteignungen ausgenommen ist.

3. Historisch gewachsene Beziehungen zu China

Die Beziehungen zwischen China und Simbabwe reichen zurück bis in die Zeit des Unabhängigkeitskrieges in den 1960er/70er Jahren im damaligen »Nordrhodesien« (dem heutigen Simbabwe) und dem gleichzeitig stattfindenden Konkurrenzkampf zwischen Moskau und Peking über die Führungsrolle im sozialistischen Lager sowie die »richtige Auslegung« des Sozialismus. Während die Sowjetunion seinerzeit die Zimbabwe African People's Union unter der Führung von Joshua Nkomo förderte, unterstützte Peking von Beginn an die Zimbabwe African National Union Patriotic Front (ZANU-PF) unter der Führung von Robert Mugabe. Mit der offiziellen Unabhängigkeit Simbawes und Mugabes Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1980, wurden offiziell bilaterale Beziehungen zwischen Simbabwe und der Volksrepublik vereinbart.

Je stärker sich Simbabwe unter Präsident Mugabe ab dem Jahr 2000 international isolierte, desto stärker orientierte sich die ZANU-PF in Richtung Peking. Bereits im Jahr 2003 hatte Mugabe – als Reaktion auf die Abwendung westlicher Länder – die so genannte »Look East Policy« initiiert, die vor allem eine Verbesserung der Beziehungen mit China zum Ziel hatte. Anlässlich des 25. Jubiläums im Jahr 2005 charakterisierte der damalige chinesische Bot-

schafter Chang Xianyi die sino-simbabwischen Beziehungen als »Allwetter-Freundschaft«.

Im Juli 2008 blockierte China mit seinem Veto im Sicherheitsrat gemeinsam mit Russland einen Antrag der USA für weitreichende Sanktionen gegen Simbabwe. Beide Länder beriefen sich dabei auf Artikel 2 der UN-Charta¹ und drückten ihre Befürchtung aus, dass Sanktionen die seinerzeit vom südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki vermittelten Gespräche zur Bildung einer Übergangsregierung nachhaltig behindern könnten. Darüber hinaus verwiesen Russland und China darauf, dass die wichtigsten Organisationen in dieser Angelegenheit – die Afrikanische Union (AU) und die SADC – nicht für Sanktionen sondern für mehr Zeit zum Verhandeln eintraten. Bis heute zeigt Peking eine höhere Kooperationsbereitschaft für Sanktionen gegen ein Land, wenn diese von Regionalorganisationen des globalen Südens befürwortet werden.²

Trotz Chinas Unterstützung im Sicherheitsrat schien es ab 2008 allerdings eine Zeit lang so, als ob das Interesse an Simbabwe nachgelassen hätte und sich die chinesische Führung von Mugabe distanzieren würde.³ Mit dem Besuch von Außenminister Yang Jiechi – dem ersten Besuch eines chinesischen Außenministers nach zehn Jahren – im Februar 2011 vereinbarten beide Länder eine erneute Aufwertung ihrer Beziehungen. Im Mai 2012 verkündete der scheidende chinesische Botschafter in Simbabwe, Xin Shukang, zu seinem Abschied denn auch stolz, dass sich das Handelsvolumen beider Länder in den vergangenen zwei Jahren (seit 2010) auf 800 Millionen US-Dollar verdoppelt hätte.

1. Artikel 2 Absatz (3): Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Absatz (4): Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

2. Siehe Erklärungen zum Abstimmungsverhalten Pekings bei der Libyen-Resolution 1973 in: »China als sicherheitspolitischer Akteur«, Arbeitskreis Internationale Sicherheitspolitik, Oktober 2011, S.14.

3. Mitarbeiter des chinesischen Außenministeriums erzählten dem Autor, dass der chinesische Botschafter in Simbabwe mehrfach die Aufgabe hatte, Präsident Mugabe eine Reise nach China auszureden. Ganz besonders zur Eröffnung der olympischen Sommerspiele im Jahr 2008 in Peking war Mugabes Erscheinen unerwünscht. Die staatlich organisierte Gewalt während der Stichwahlen im Jahr 2008 in Simbabwe und die durch das so genannte »Schiff der Schande« erzeugten Negativschlagzeilen kurz vor der für Chinas Ansehen so wichtigen Ausrichtung der Olympiade in Peking, waren sicherlich zwei der wichtigsten Gründe für Chinas Distanzierung.

Die Beziehungen zwischen Peking und Harare beinhalten diplomatische Unterstützung bei den Vereinten Nationen, militärische Unterstützung und Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (u.a. Tabakhandel, im Agrarbereich, im Bergbaubereich, kreditfinanzierte Investitionen im Kommunikationsbereich, in Infrastrukturprojekten und im Tourismus). Um die verschiedenen Ebenen dieser Beziehungen besser nachvollziehen zu können, sollen im Folgenden die wichtigsten Institutionen und Akteure auf chinesischer Seite skizziert werden.

4. Außenpolitik mit chinesischen Charakteristika am Beispiel Simbabwe

Wie überall auf der Welt gilt auch im Fall Simbawes, dass Chinas Außenpolitik nicht auf Grundlage einer einheitlichen und groß angelegten Strategie erfolgt, sondern von unterschiedlichen Akteuren auf der Führungsebene von Partei- und Regierung, dem Militär, Unternehmen sowie von privaten Akteuren bestimmt wird. Bereits an dieser Stelle soll allerdings darauf hingewiesen werden, dass persönliche Netzwerke in der chinesischen Politik eine größere Rolle spielen können als Institutionen.

Die chinesische Regierung steht unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und wird dementsprechend von ihr dominiert. Da sich die beiden Apparate in ihrer Funktion und beim Personal überschneiden, ist eine eindeutige Differenzierung jedoch nur bedingt möglich.

Zentrale außenpolitische Entscheidungen – wie bspw. im Sicherheitsrat – werden vom Politbüro bzw. von der kleinen Führungsgruppe für außenpolitische Arbeit⁴ getroffen. Dass es innerhalb des neunköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros, des 25-köpfigen Politbüros und innerhalb der kleinen Führungsgruppe verschiedene politische Strömungen bzw. Fraktionen mit unterschiedlichen Positionen gibt, hat

4. Mitglieder der kleinen Führungsgruppe sind Staatsrat Dai Binguo, der Minister der Internationalen Abteilung beim ZK der KPCh, Wang Jiarui, Außenminister Yang Jiechi, Handelsminister Chen Deming, Verteidigungsminister Liang Guanglie und der Minister für Staatssicherheit Geng Huicheng. Die Koordinierungsmacht für alle außenpolitischen Aktivitäten liegt bei Staatsrat Dai Binguo, der zuvor Vize-Minister in der Internationalen Abteilung beim ZK der KPCh (IA) war.

sich in den vergangenen 20 Jahren nie so deutlich gezeigt wie zuletzt in der »Bo Xilai Affäre«⁵.

Bei seinen Besuchen in China traf Präsident Mugabe in den vergangenen zehn Jahren mehrfach mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao zusammen. Bei seinem Besuch Ende 2011 auch mit Hu Jintaos designiertem Nachfolger Xi Jinping. Während sowohl der ehemalige Generalsekretär Jiang Zemin (1996) als auch sein ehemaliger Premierminister Zhu Rongji (1995) Simbabwe besuchten, vermied Hu Jintao dies jedoch, selbst als er im Jahr 2007 die Nachbarländer Südafrika, Mosambik, Namibia und Sambia bereiste.

Bei seinem offiziellen Besuch im Sommer 2009 traf Verteidigungsminister Emmerson Mnangagwa Zhou Yongkang, die Nummer 9 im Politbüro und Chef über alle Sicherheitsdienste. Zhou, der als der Hardliner in der chinesischen Führung gilt, kündigte nach dem Gespräch an, dass mehr chinesische Unternehmen dazu ermuntert werden sollen, sich in Simbabwe zu engagieren.

Zentrales Element der Beziehungen zwischen Führungspersönlichkeiten der KPCh und der ZANU-PF sind die institutionell verankerten Parteibeziehungen: Bei dem Besuch einer chinesischen Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden (im Rang eines stellvertretenden Ministerpräsidenten) der Politischen Konsultativkonferenz (der beratenden 2. Kammer) und Politbüromitglied Wang Gang im Juni 2010 wurde ein Memorandum of Understanding (MOU) zwischen der ZANU-PF und der KPCh unterzeichnet. In dem für fünf Jahre gültigen Memorandum bekräftigen beide Parteien die Absicht einer engeren Zusammenarbeit. Neben diesen üblichen Elementen einer Kooperationsvereinbarung ist über den genauen Wortlaut nichts bekannt geworden. Politbüromitglied und Mugabe-Gefolgsmann Jona-

than Moyo sagte bezüglich des MOU bei einem Besuch im Juni 2011 in China, dass die ZANU-PF sich von dieser Kooperation u.a. erhoffe, mehr über den erfolgreichen Aufbau von Parteistrukturen zu erlernen. Viel wichtiger ist jedoch die höchstwahrscheinlich auch im MOU vereinbarte Unterstützung der simbabwischen Politik-Eliten auf verschiedenen Ebenen, bspw. über Stipendien für Politiker, um an der Parteihochschule beim ZK zu studieren, um an militärischen Einrichtungen in China ausgebildet zu werden sowie um an chinesischen Universitäten zu studieren.

Für die kontinuierliche Pflege der Beziehungen zu anderen Parteien ist die Internationale Abteilung beim ZK der KPCh (IA) zuständig. Im Falle Simbawes pflegt sie auf offizieller Ebene exklusiv die Beziehungen zur ZANU-PF. Präsident Mugabe traf bei seinen Besuchen in den vergangenen neun Jahren regelmäßig IA-Minister Wang Jiarui, der auch Mitglied in der kleinen Führungsgruppe für außenpolitische Arbeit ist. Inoffiziell führt die IA auch mit der MDC-T Gespräche auf Parteebene.

Seitdem die MDC-T als Teil der Übergangsregierung Verantwortung trägt, führen chinesische Regierungsvertreter bei Besuchen in Simbabwe auch regelmäßig Gespräche mit Vertretern der MDC-T auf Regierungsebene.

Im Mai 2012 reiste Ministerpräsident Morgan Tsvangirai erstmalig nach China und traf dort u. a. seinen chinesischen Amtskollegen Wen Jiabao, die Nummer 3 und der vermeintlich progressivste Reformler im Politbüro. Der chinesische Premier fand anerkennende Worte für die Stabilität in Simbabwe, die er auf die Schaffung der Übergangsregierung zurückführte. Seinem Amtskollegen aus Simbabwe bescheinigte er, dass sein Eintritt in die Regierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Simbabwe geführt hätte. Tsvangirai äußerte gegenüber Wen den Wunsch, dass China die Anstrengungen der Regionalorganisation SADC für freie und faire Wahlen im kommenden Jahr und die dafür nötigen Reformen in Simbabwe unterstütze. Öffentlich versicherte Tsvangirai, dass China keineswegs die Ressourcen Simbawes ausbeuten würde. Hinter den Kulissen versicherte Simbawes Ministerpräsident seinen chinesischen Gesprächspartnern, dass auch die MDC-T bei einem Machtwechsel zu allen offiziell auf institutioneller Ebene geschlossenen Verträgen stehen würde. Ausgenommen seien lediglich Verträge mit

5. Neben der Aufdeckung des Mordes an dem britischen Staatsbürger Neil Heywood (durch Bos Ehefrau Gu Kailai) und Korruption in großem Stil, hatte die Affäre eine politische Dimension, die von den chinesischen Medien totgeschwiegen wird: So kam durch die Enthüllung von Bo Xilais ehemaligem Vertrauten und Polizeichef von Chongqing, Wang Lijun, auch ans Licht, dass Bo Xilai den Plan hatte, sich schrittweise selbst den Posten des Staats- und Parteichefs zu sichern. Nach der zu erwartenden Ernennung zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros beim bevorstehenden 18. Parteitag und der Übernahme der Verantwortlichkeiten von Zhou Yongkang (dem Chef über alle Sicherheitsdienste), wollte Bo über gezielte Enthüllungen das Ansehen des designierten Staats- und Parteichefs Xi Jinping schädigen und ihn zum Rücktritt zwingen. Rückendeckung für seine politischen Ambitionen – hatte Bo durch die derzeitige Nummer 9 im Politbüro Zhou Yongkang sowie durch den ehemaligen Staats- und Parteichef Jiang Zemin – wobei deren Einbeziehung in alle Pläne nicht nachvollziehbar ist.

bestimmten Individuen. Darüber hinaus führte Tsvangirai Gespräche mit Vertretern chinesischer Unternehmen (wie bspw. Sinohydro, China Machinery Engineering Corporation, Sinosure und CGGC) über Projekte wie die Kariba Hydropower-Station, das Kanalisationssystem in Harare und das Sambesi Wasserprojekt.

Neben den Führungspersonlichkeiten sind auf der Ebene der chinesischen Regierung das Außenministerium, vertreten durch die Botschaft in Harare, sowie das Handelsministerium die sichtbarsten Akteure in den Beziehungen zu Simbabwe. Allerdings wird das chinesische Außenministerium im In- wie Ausland als zunehmend geschwächter Akteur in der chinesischen Außenpolitik beschrieben.

5. Der Einfluss des Militärs auf die Außenbeziehungen

Der zunehmende Einfluss des chinesischen Militärs auf die Ausgestaltung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik, die in Simbabwe aufgrund der historischen Beziehungen besondere Relevanz hat, wird seit einigen Jahren kontrovers diskutiert. Persönliche Netzwerke und Beziehungen, die bis auf die Bürgerkriegszeiten zurückreichen, sind ein entscheidender Faktor dabei. So haben viele ZANU-PF-Kader wie bspw. Verteidigungsminister Emmerson Mnangagwa an der Zentralen Parteihochschule in Peking und an einer Militärakademie in China studiert.

Im März 2012 besuchte eine Delegation der chinesischen Volksbefreiungsarmee unter der Leitung des stellvertretenden Leiters der politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee (VBA), Tong Shiping, Simbabwe und führte Gespräche u.a. mit Mugabe und Mnangagwa. Daraufhin berichteten einige simbabwische Medien, die chinesischen Militärs hätten während der Gespräche ihre Unterstützung für Mnangagwa als Nachfolger Mugabes bekundet.

Anfang August 2012, zum 85 Jahrestag der Gründung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA), lobte der Militärattaché an der chinesischen Botschaft in Harare, Generaloberst Ju Hungbin, laut simbabwischen Pressemeldungen die guten Beziehungen zwischen der VBA und den Zimbabwe Defence Forces (ZDF).⁶ Er verwies

6. Vgl. »Chinese army hails ties with ZDF«. In: Herald, 2.08.2012.

dabei auf den Besuch von VBA-Führungspersonlichkeiten wie Tong Shiping in Simbabwe sowie auf den des obersten Luftwaffengenerals Xu Qiliang im Mai 2011. Auf simbabwischer Seite führte er die regelmäßigen Besuche von General Constantine Chiwenga in China an. Während der Westen Simbabwe mit seinen illegalen Sanktionen belegt hätte, bemühe sich die VBA, die ZDF so gut wie möglich zu unterstützen. Jedes Jahr würden die ZDF 100 Offiziere nach China schicken, so der chinesische Militärattaché. Als jüngste Beispiele der intensivierte Zusammenarbeit nannte er die Einladung von simbabwischen Brigade- und Luftwaffenstützpunkt-kommandeuren nach China.

6. Chinesische Waffenverkäufe

Grundsätzlich sieht der militärisch-industrielle Komplex in China den afrikanischen Kontinent als wichtigen Absatzmarkt. Auch wenn chinesische Waffenexporte nach Simbabwe in absoluten Zahlen sehr niedrig ausfielen, hatten sie nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in den Jahren 2000 bis 2009 einen Anteil von 39 Prozent an den Waffenimporten Simbabwes. China war in diesem Zeitraum damit der größte Waffenlieferant des südostafrikanischen Landes. Chinesische Waffenexporteure sind somit für die westlichen Länder eingesprungen, die zuvor Mugabe unterstützt hatten.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder größere und kleinere Skandale, wenn chinesische Waffen zu politisch sensiblen Zeiten auf dem Weg nach Simbabwe entdeckt wurden: Die größte Aufmerksamkeit erregte der als »Schiff der Schande« bekannt gewordene Frachter »An Yue Jiang«. Unmittelbar vor den Wahlen in Simbabwe im Jahr 2008 und dem damit verbundenen Gewaltausbruch war der chinesische Frachter mit Raketenwerfern, Mörsern und Munition an Bord im südafrikanischen Hafen von Durban entdeckt worden. Ob die Waffenlieferung auch im Interesse und mit Zustimmung der chinesischen Führung erfolgte, ist allerdings umstritten.⁷ Denn gerade Waffenverkäufe im Niedrigpreissegment lassen sich aufgrund der politischen Patronage

7. Der Kommentar des Sprechers des chinesischen Außenministeriums zur besagten Waffenlieferung lautete am 22.04.2008 wie folgt: »[...] According to my knowledge, COSCO was contracted by a Chinese company to deliver some weapons to Zimbabwe, which are part of the normal arms trade between China and Zimbabwe. The relevant contract was signed last year and has nothing to do with the latest developments inside Zimbabwe.[...]«

persönlicher Netzwerke in China nur schwer durch die zuständigen Institutionen, nämlich den Generalstab, das chinesische Außenministerium sowie die Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie der Landesverteidigung (COSTIND) kontrollieren. So spielt in China die enge Verflechtung politischer Eliten bzw. deren Familien mit großen Waffenunternehmen eine wichtige Rolle. Ein Paradebeispiel hierfür ist »Poly Technologies Corporation« (PT), die von Wang Jun, dem ältesten Sohn des ehemaligen Vize-Präsidenten Wang Zhen sowie He Ping, Schwiegersohn von Deng Xiaoping, geleitet wird und deren Waffen sich auf der An Yue Jiang befanden. PT ist berechtigt, fast alle konventionellen Waffen zu verkaufen und ist direkt nur der VBA-Abteilung für Rüstungsgüter Rechenschaft schuldig. Innerhalb der US-Administration gab es daher immer wieder Überlegungen, Strafmaßnahmen gegen unerlaubte Waffenverkäufe (im Sinne eines Verstoßes gegen nationale und internationale Nichtverbreitungsverpflichtungen) direkt gegen die entsprechenden Unternehmen wie PT oder bspw. China North Industries Corporation (NORINCO) zu verhängen.

Auch auf simbabwischer Seite scheinen familiäre Netzwerke politisch einflussreicher Akteure eine Rolle beim Waffenhandel zu spielen: Im April 2011 entdeckten Dockarbeiter im mosambikanischen Hafen von Beira zwei Container aus China, die mit 20.000 Schnellfeuergewehren, Uniformen und Handschellen beladen waren. Nach Medienberichten aus Südafrika und Simbabwe war der Adressat der Lieferung die Firma Abaxis Enterprises. Diese gehört Neville Mutsvangwa, dem Sohn des ehemaligen Botschafters (2002 – 2007) in China und ZANU-PF-Politiker Christopher Mutsvangwa. Er gilt als einer der Architekten der »Look East Policy«.⁸

Neben diesen Waffenlieferungen zur Schließung von Ausrüstungslücken erhoffen sich Verteidigungsminister Mhangagwa und General Chiwenga, die Zimbabwe Defence Forces (ZDF) mithilfe des chinesischen Militärs zukünftig unabhängiger von den Haushaltszuweisungen des Finanzministers (MDC-T) werden zu lassen. So sollen sich diese stattdessen verstärkt über Joint Venture-Aktivitäten finanzieren, um schließlich einen eigenen militärisch-industriellen Komplex in Simbabwe aufzubauen. In der ZANU-PF-treuen Zeitung »Herald« bezeichne-

te Mhangagwa das chinesische Waffenunternehmen NORINCO als Vorbild. Nach unbestätigten Meldungen hatten die ZDF gemeinsam mit der Zimbabwe Mining Development Corporation (ZMDC) im Jahr 2006 ein Joint Venture mit NORINCO vereinbart, um gemeinsam Chrom abzubauen. NORINCO hat nach Auskunft des chinesischen Außenministeriums auch weiterhin eine dauerhafte Präsenz in Harare.

7. Chinesische Unternehmen, regionale und vermeintlich private Akteure in Simbabwe

Trotz dieser zu Recht kritisierten und viel Aufmerksamkeit erzeugenden Waffengeschäfte sind vor allem die Investitionen ziviler chinesischer Unternehmen charakteristisch für Chinas Engagement in Simbabwe. In dem südafrikanischen Land sind dies insbesondere Unternehmen im Bergbau, im Infrastruktur-, Agrar-, Kommunikations- und Tourismusbereich. Während die Koordinierung von Projekten dem chinesischen Handelsministerium obliegt und die Ausführung von größeren Investitionen den jeweiligen Unternehmen, werden die Handels- und Infrastrukturprojekte häufig mit Unterstützung der chinesischen Botschaft durch Kredite der chinesischen Export-Import Bank und der China Development Bank finanziert.

Dabei werden die Unternehmen bei ihren Aktivitäten im Ausland von den für sie zuständigen Partei- und Regierungsorganisationen auf Provinzebene unterstützt, wie im Folgenden am Beispiel der Provinz Anhui aufgezeigt werden soll.

Als Präsident Mugabe im August 2010 China besuchte, reiste er auch in die ostchinesische Provinz Anhui. Neben Gesprächen mit Provinz-Parteisekretär Zhang Baoshun führte der Präsident Simbawes in der Zentrale der »Anhui Foreign Economic Construction Group« (Afecc) auch Gespräche mit Vertretern der China Development Bank und China Eximbank über verschiedene Infrastrukturprojekte. Bis Mitte dieses Jahres wird Afecc mit den seinerzeit bewilligten Krediten u.a. das »National Defence College« – auch »Robert Mugabe School for National Intelligence« – außerhalb von Harare fertig bauen, das anschließend noch mit entsprechenden Geräten ausgestattet werden soll.

8. Allerdings erzählte selbst Botschafter Mutsvangwa dem Autor im Gespräch, dass Simbabwe die Beziehungen zu China intensiviert hätte, läge vor allem daran, dass sich andere Länder von Simbabwe abgewendet hätten.

Es wird vermutet, dass eine Rückzahlung des Kredits in Höhe von 98 Millionen US-Dollar mit Lizenzen zum Diamantenabbau vereinbart wurde. So ist Afecc mit der simbabwischen Firma Matt Bronze ein Joint Venture namens »Anjin« eingegangen; Anjin ist derzeit eines der vier Unternehmen, die eine Abbaukonzession für die Marange-Diamantenfelder haben. Auf simbabwischer Seite wird Anjin nach den Recherchen der Menschenrechts-NGO »Global Witness« von hochrangigen Militärs wie Mnan-gagwa, Chiwenga und Robert Mhlanga geführt.⁹

Führende MDC-T Politiker kritisieren diese Allianz wegen der Stärkung der Sekurokraten aber auch unter dem Aspekt, dass durch die intransparenten Rückzahlungsmodalitäten das dringend für andere Bereiche benötigte Geld am nationalen Haushalt vorbei kanalisiert werde. Finanzminister Biti beschuldigte Anjin, den Großteil der Diamantengewinne aus Simbabwe zu schleusen und bezeichnete »[...]Cecil John Rhodes als Engel im Vergleich zu Anjin[...]«¹⁰.

Im Juni 2012 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Verteidigungsminister Mnanagwa und Finanzminister Biti, als letzterer sich weigerte, Geld für die Bezahlung von knapp 5.000 neu rekrutierten Soldaten bereitzustellen. Dabei verwies Biti seinen Kabinettskollegen darauf, dass bislang kaum Geld von Anjin an den Haushalt des Finanzministeriums geflossen sei. Der von Human Rights Watch ausgezeichnete simbabwische Aktivist und Diamantenexperte Farai Maguwu bezeichnete die Verstrickung des simbabwischen Militärs in den Diamantenabbau in Marange als »[...]die traurigste Sache überhaupt bei diesem Jahrhundertfund[...]«¹¹.

Für viel Ärger sorgt gegenwärtig auch das von Anjin neu gebaute Golden Peacock Villa Hotel, das unweit einer Flug- und Landebahn und der Marange-Diamantenfelder in einem Naturschutzgebiet gebaut wurde. Neben der Nichteinhaltung von Umweltschutzaufgaben kritisieren u.a. die simbabwischen Gewerkschaften, dass Anjin die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitnehmer auf ihren Baustellen mithilfe von ZANU-PF-Ministerien systematisch verhindern würde.

Im Juni 2012 sorgte ein weiterer Bericht von Global Witness (GW) für Aufmerksamkeit¹²: Darin wird neben der Ausbeutung der Marange Diamantenfelder durch Anjin auch die finanzielle Unterstützung des Inlandsgeheimdienstes, der Central Intelligence Organization (CIO), durch die so genannte »88 Queensway Group« beschrieben. Diese wird laut GW von einem Geschäftsmann namens Sam Pa (auch Xu Jinghua) aus Hongkong geführt. Nach Recherchen der US-China Economic & Security Review Commission im Jahr 2009 hat die besagte Gruppe, deren Aktivitäten insbesondere in Angola und Guinea bekannt geworden sind, Verbindungen zur staatlichen chinesischen Ölindustrie und zum Ministerium für öffentliche Sicherheit.¹³ Das chinesische Außenministerium hat sich jedoch mehrfach öffentlich von den Aktivitäten der Gruppe und deren Unternehmen wie bspw. »Sonangol Sinopec«, »Sino-Zim Development« und dem »China International Fund« distanziert. Inwiefern es sich bei der Gruppe um eine staatliche Vorfeldorganisation oder um eine privatwirtschaftlich motivierte Gruppe mit vereinzelt Kontakten zu staatlichen Stellen handelt, konnte bislang nicht recherchiert werden.

Einen weitaus positiveren Eindruck regionaler Interessenpolitik in Simbabwe hinterlässt hingegen das Engagement der nordöstlich von Peking gelegenen »regierungsunmittelbaren Stadt« Tianjin¹⁴. So besteht ein weiterer nicht unüblicher Ansatz in der Schaffung von »Sonderwirtschaftszonen« in Afrika nach chinesischem Vorbild. In Simbabwe ist die Stadt Bulawayo dafür vorgesehen, mit Tianjin als chinesischem Partner. Simbabwische Medien berichten, dass schon bald ein entsprechendes Memorandum of Understanding zwischen dem Ministerium für Wirtschaftsplanung in Simbabwe und der chinesischen Stadt Tianjin unterzeichnet werden soll.

Für das so genannte »Matabeleland Zambezi Water Project«, das vor allem die Wasserversorgung der Matabeleland Provinzen, insbesondere der Stadt Bulawayo, garantieren soll, hat die Export-Import Bank of China nach chinesischen und simbabwischen Medienberichten 800 Millionen US-Dollar an Krediten bereit gestellt.

9. Vgl. Global Witness, »Diamonds: A Good Deal For Zimbabwe?«, Februar 2012.

10. Vgl. »Rhodes an angel compared to Anjin: Biti«, in: www.newzimbabwe.com, 26.07.2012.

11. Vgl. Sharife, Khadija, »Zimbabwe: A tale of two Chinas«, in: Le monde diplomatique, Oktober 2011.

12. Vgl. Global Witness, »Financing a Parallel Government?«, Juni 2012.

13. Vgl. Lee, Levkowitz/Ross, Marta/Warner, JR, »The 88 Queensway Group – A case study in Chinese Investor's Operations in Angola and beyond«, in: U.S.-China Economic & Security Review Commission, Juli 2009.

14. Eine regierungsunmittelbare Stadt untersteht direkt der Zentralregierung in Peking. Neben Tianjin haben nur noch Peking und Shanghai diesen Status.

8. Kulturelle Zusammenarbeit und Infrastrukturhilfe

Um die Kulturbeziehungen beider Länder zu fördern, investiert China gegenwärtig verstärkt in den Tourismus in Simbabwe. So befindet sich Simbabwe unter den 16 afrikanischen Ländern, die von offizieller chinesischer Seite als Tourismusziele anerkannt und gefördert werden. Gegenwärtig berichten simbabwische Medien fast täglich darüber, dass China Simbabwe bei der gemeinsam mit Sambia im Jahr 2013 auszurichtenden Generalversammlung der »United Nations World Tourism Organization« (UNWTO) finanziell unterstützt. Bereits im April 2012 wurde während des Besuchs von Chinas Vize-Premierminister Hui Liangyu ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 164 Millionen US-Dollar zur Finanzierung des Umbaus des Flughafens »Victoria Falls« unterzeichnet. Im Sommer 2012 berichteten simbabwische Medien, dass sich »China« bereit erklärt hätte, einen Kredit in Höhe von 300 Millionen US-Dollar für den Bau der zur Ausrichtung der Generalversammlung benötigten Infrastruktur bereitzustellen. Dies umfasst den Umbau des Flughafens Victoria Falls, den Bau des Convention Centers, von zwei Hotels, einer Einkaufsmeile sowie weiterer Infrastrukturprojekte. Einzige bislang bekannte Bedingung für den Kredit ist wie üblich, dass chinesische Baufirmen den Zuschlag für den Bau erhalten.

Ebenfalls im Sinne kultureller Zusammenarbeit und der übergeordneten Agenda chinesischer Softpower engagieren sich chinesische Medien seit einigen Jahren verstärkt in Afrika, so auch in Simbabwe. So haben die staatliche Rundfunkanstalt Zimbabwe Broadcasting Corporation (ZBC) und der chinesische Staatssender China Central Television (CCTV) mit Unterstützung der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der KPCh (für Propaganda auf Chinesisch) im Juli 2012 ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Darin wurde vereinbart, dass ZBC zukünftig CCTV-Nachrichten ausstrahlt, aber auch eine engere Zusammenarbeit im technischen Bereich. Im August 2012 reiste He Ping, Chefredakteur der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, die ebenfalls von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit kontrolliert wird, nach Simbabwe und traf dort u.a. mit Vizepräsidentin Joice Mujuru und Informationsminister Webster Shamu für Gespräche über eine noch intensivere Zusammenarbeit im Medienbereich zusammen. Mujuru lobte die chinesische Nachrichtenagentur für ihre objektive Berichterstattung über Simbabwe, während viele west-

liche Medien Falschmeldungen verbreiten würden. Ob der ohnehin schon unbeliebte Staatssender ZBC durch Nachrichtenberichte aus China mehr Zuschauer gewinnen wird, ist allerdings sehr fragwürdig.

Der simbabwische Telekommunikationsbetreiber NetOne hat nach eigenen Angaben im Juli 2012 einen Vertrag mit dem chinesischen Telekommunikationsunternehmen Huawei über 200 Millionen US-Dollar zur Modernisierung des eigenen Netzwerkes unterzeichnet.


Nicht zuletzt gibt es – wie mittlerweile fast überall auf dem Kontinent – auch in Simbabwe Chinas Einfluss auf der »grassroots-Ebene« durch Einzelhändler aus China, die sich in einer Art »Little Chinatown« in der Hauptstadt Harare niedergelassen haben und den Konsumentenmarkt mit ihren Produkten beherrschen.

9. Ausblick

Simbabwe steht am Scheideweg: Der seit 33 Jahren regierende Präsident Mugabe wird sich allein schon aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr allzu lange an die Macht klammern können. Gleichzeitig steigt der gesellschaftliche Druck aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage des Landes. Unterschiedliche Szenarien sind für die nächsten Monate in Simbabwe denkbar. Bislang kann allerdings niemand wirklich einschätzen, was nach Mugabe kommt.

Die Volksrepublik China hat aufgrund ihres politischen, wirtschaftlichen und militärischen Engagements in Simbabwe seit den 1960er Jahren die Entwicklung des Landes mitgeprägt. Es wäre jedoch falsch, Chinas Politik in Simbabwe als die eines monolithischen Akteurs zu verstehen. So zeigt sich auch am Beispiel Simbabwe, dass chinesisches Engagement und Investitionen durch teilweise konkurrierende Akteure aus Partei, Regierung und Militär, Staatsunternehmen sowie Einzelakteure bestimmt werden. Die zu Recht kritisierten und viel Aufmerksamkeit erzeugenden Negativbeispiele des chinesischen Auftretens in Simbabwe sind somit nur ein Teil des Gesamtbildes.

Bislang gibt es sowohl in Simbabwe als auch in China Akteure, die Interesse an exklusiven Beziehungen zu ihrem eigenen Vorteil und ohne Rücksicht auf Verluste haben. Sie konterkarieren damit jedoch die im GPA ein-



geforderten Reformen, so bspw. durch den Tausch von Waffen und Überwachungstechnologie gegen Ressourcen und Infrastruktur. Der politische Kontext in Simbabwe sowie die internationale Isolierung des Landes bieten diesen Akteuren viel Manövrierraum. Gleichzeitig unterstützen die chinesische Regierung sowie chinesische Unternehmen das bankrotte Simbabwe jedoch auch mit dringend benötigter Infrastrukturhilfe in Bereichen wie dem Tourismus, dem Kommunikations-, oder Agrarbereich, nachdem sich der Westen zurückgezogen hat.

Sollte es in Simbabwe zu einer Machtverschiebung zugunsten der MDC-T kommen, wird sicherlich auch diese die Beziehungen zu China weiter ausbauen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sie die derzeitigen Auswüchse krimineller Ausbeutung von Bodenschätzen in Simbabwe eindämmen wird. Da die Partei im Gegensatz zur ZANU-PF ein modernes, sozialdemokratisches Staatsverständnis vertritt, wird sie sicherlich auch weniger Waffen und dafür mehr Investitionen zur Belebung der simbabwischen Wirtschaft in China nachfragen.

Auch für diesen Bedarf gäbe es in der Volksrepublik genügend Unterstützer und Akteure sowie das nötige Kapital.

Dabei könnten sich aktuelle politische Entwicklungen in China zusätzlich positiv auf die Entwicklung Simbawwes auswirken. So soll auf dem 18. Parteitag der KPCh im Herbst 2012 eine neue politische Führung bestimmt werden. Im Nachgang der Bo Xilai-Affäre sind die Reformkräfte bei der Besetzung der wichtigsten Führungsstellen im Aufwind. Hardliner wie Politbüromitglied Zhou Yongkang gelten durch ihre Verwicklung in die Bo Xilai-Affäre als politisch entmachteter oder zumindest stark geschwächt. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme durch die Volksbefreiungsarmee in China auf dem Parteitag institutionell begrenzt werden sollen. Vor diesem Hintergrund wäre zu hoffen, dass die Reformkräfte in der nächsten chinesischen Führung und weniger politische Hardliner und Militärs Chinas Auftreten in Simbabwe prägen.



Weiterführende Literatur

- Bond, Patrick** (2012): Zimbabwe’s clogged political drain and open diamond pipe. In: Review of African Political Economy Vol 39, No. 132, June 2012, 351 – 365.
- Brautigam, Deborah** (2009): The Dragon’s Gift – The real story of China in Africa. In: Oxford Press, 2009.
- Compagnon, Daniel** (2010): A predictable tragedy – Mugabe and the collapse of Zimbabwe. In: University of Pennsylvania, 2010.
- Eisenmann, Joshua** (2005): Zimbabwe: China’s African Ally. In: China Brief (Jamestown Foundation), July 2005.
- Gao, Qiufu** (2007): Jinbabuwei –Yanzhong de jingji yu zhengzhi weiji pouxi (Simbabwe – Analyse der wirtschaftlichen und politischen Krise). In: China academic journal publishing house taolun, Juli 2007.
- Jakobson, Linda / Knox, Dean** (2010): New Foreign Policy Actors: In: SIPRI Policy Paper 26, September 2010.
- Jeuck, Lukas** (2011): Arms Transfers to Zimbabwe: Implications for an arms trade treaty. In: SIPRI Background Paper 2011.
- Meissner, Kathrin** (2012): Ein Dritteljahrhundert Robert Mugabe – was kommt danach? In: Friedrich-Ebert-Stiftung Simbabwe Perspektive, August 2012.
- Meissner, Kathrin** (2011): Indigenisierung der Wirtschaft – Mugabes Rezept für den Machterhalt. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Simbabwe Perspektive, November 2011.
- Schwarsensky, Sven** (2004): The Look East Policy. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Simbabwe Sachbericht, 2004.
- Soest, Christian / Domke, Maxi** (2011): Düstere Aussichten für demokratische Reformen. In: GIGA focus, Nummer 10, Dezember 2011.
- Spiegel, Samuel / Billon, Philippe** (2009): China’s weapons trade: from ships of shame to the ethics of global resistance. In: International Affairs 85, 2009, S. 323 – 346.
- Wei, Jianguo** (2012): Africa – A lifetime of memories. In: Foreign Language Press, 2012.

Meldungen auf Chinese Government’s Official Website Portal: www.gov.cn

Meldungen auf International Department Central Committee of CPC official website portal: www.idcpc.cn



Über den Autor

Sergio Grassi ist als Referent im Afrika-Referat der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für die Länder Simbabwe, Mosambik, Namibia und Angola zuständig. Zuvor war er vier Jahre lang für die FES Peking tätig. Er hat Volkswirtschaft und Sinologie in Berlin und Peking studiert.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7435 | Fax: ++49-30-269-35-9217
www.fes.de/afrika

Bestellungen / Kontakt hier:
blanka.balfer@fes.de

Dieser Artikel bildet den Auftakt einer Reihe zum Thema China in Afrika. Anhand konkreter Länderbeispiele soll dabei herausgearbeitet werden, wie der vorgefundene politische Kontext in dem jeweiligen Land das chinesische Auftreten mitbestimmt und wie die teilweise konkurrierenden Akteure in den chinesischen Außenbeziehungen dieses Auftreten prägen.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-254-5